

G7 Taormina Gipfelerklärung

Präambel

1. Wir, die Staats- und Regierungschefs der G7, sind am 26. und 27. Mai 2017 in Taormina zusammengekommen, um im Geiste der Zusammenarbeit die globalen Herausforderungen der heutigen Zeit anzugehen und gemeinsam auf die wichtigsten Anliegen unserer Bürger einzugehen. Es ist unser gemeinsames Bestreben, die Basis für erneuertes Vertrauen, sowohl in unsere Regierungen als auch zwischen unseren Ländern, zu schaffen.

2. Wir sind durch unsere gemeinsamen Werte Freiheit und Demokratie, Frieden, Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte miteinander verbunden. Wir sind entschlossen, unsere Anstrengungen zur Förderung der regelbasierten internationalen Ordnung und einer nachhaltigen globalen Entwicklung miteinander abzustimmen. Wir sind ferner überzeugt, dass Kultur eine besondere Rolle als Instrument zur Förderung des Dialogs zwischen den Völkern spielt.

3. Der technologische Wandel und die Globalisierung haben wesentlich dazu beigetragen, dass sich die Lebensstandards weltweit in den letzten Jahrzehnten erhöht haben. Ihre Vorteile sind jedoch nicht breit genug gestreut worden, was in vielen Ländern zu Ungleichheiten beiträgt. Trotz der in den letzten Jahrzehnten erzielten Fortschritte sind wir noch weit davon entfernt, dass Armut der Vergangenheit angehört, dass das „Null-Hunger-Ziel“ erreicht und sichergestellt wird, dass künftige Generationen in Frieden und Gerechtigkeit und in einer saubereren und sichereren Umwelt leben, wie es beispielsweise die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung vorsieht.

4. Unsere Bürger fordern zu Recht hochwertige Bildung, menschenwürdige Arbeit, bessere Teilhabe an wirtschaftlichen Chancen, Geschlechtergerechtigkeit und eine sauberere Umwelt. Sie erwarten von uns Lösungen für den Umgang mit der steigenden Zahl von Flüchtlingen und Migranten, auch durch verstärkte internationale Zusammenarbeit. Ferner verlangen sie mehr Sicherheit und insbesondere, dass dem zunehmenden Terrorismus und gewalttätigen Extremismus, auch im Online-Bereich, Einhalt geboten wird.

5. Vor diesem Hintergrund wollen wir eine Botschaft des Vertrauens in die Zukunft aussenden, mit der wir gewährleisten, dass die Bedürfnisse der Bürger im Zentrum unseres politischen Handelns stehen. Als Staats- und Regierungschefs der G7 wollen wir dies tun, indem wir gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die uns dieses Zeitalter des außergewöhnlichen Wandels bietet. Wir wollen deutlich machen, dass Kultur, Geschlechtergerechtigkeit, Vielfalt und Integration, Bildung, Wissenschaft, Technologie und Innovation im Rahmen eines gemeinsamen Unterfangens von Regierungen, Zivilgesellschaften, Privatsektor und Bürgern die Kraft zur Veränderung innewohnt. Hierzu müssen wir Wissen und Fähigkeiten in allen Sektoren und Regionen unserer Länder verbessern, indem wir Innovationen und neue Kompetenzen fördern, in Bereiche wie Bildung und Ausbildung sowie in den Gesundheitsbereich investieren, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln und die Lebensqualität der Menschen zu verbessern. Wir verpflichten uns daher, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um die Risiken der heutigen Zeit zu bewältigen und Herausforderungen in Chancen zu verwandeln.

Außenpolitische Themen

6. Wir haben das gemeinsame Interesse, eine regelbasierte internationale Ordnung zu stärken, die den Frieden zwischen den Völkern fördert, die Souveränität, territoriale Unversehrtheit und politische Unabhängigkeit aller Staaten wahrt und den Schutz der Menschenrechte gewährleistet. Unsere Welt braucht unser aufrichtiges Bemühen, Konflikte zu lösen, von denen Millionen unschuldige Menschen betroffen sind und die die Entwicklung sowie das gesunde Heranwachsen künftiger Generationen beeinträchtigen.

7. Wir haben das Gemeinsame Kommuniqué, die Erklärung über verantwortungsvolles Verhalten von Staaten im Cyberraum (*Declaration on Responsible States Behavior in Cyberspace*) und die Erklärung zu Nichtverbreitung und Abrüstung (*Statement on Non-Proliferation and Disarmament*) des G7-Außenministertreffens in Lucca gebilligt und darüber hinaus Probleme und Krisen erörtert, die die Sicherheit und das Wohlergehen unserer Bürger sowie die globale Stabilität am stärksten gefährden.

8. Seit sechs Jahren leidet die syrische Bevölkerung in unvorstellbarem Maße unter dem Krieg in Syrien. Wir sind der Meinung, dass die Möglichkeit besteht, diese tragische Krise zu beenden. Es sollte keine Anstrengung unterlassen werden, um den Konflikt durch einen alle Seiten einschließenden und unter syrischer Führung stehenden politischen Prozess unter der Ägide der Vereinten Nationen zu beenden, um im Einklang mit Resolution 2254 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und dem Genfer Kommuniqué einen echten und glaubhaften Übergang umzusetzen. Wir sind entschlossen, unsere Anstrengungen zu verstärken, um den internationalen Terrorismus in Syrien, insbesondere ISIS/ISIL/Daesch und Al-Qaida, zu besiegen. Allerdings wird es nicht möglich sein, den Terrorismus ohne eine politische Einigung zu besiegen. Alle wichtigen Akteure müssen ihren internationalen Verpflichtungen nachkommen. Diejenigen, die Einfluss auf das syrische Regime haben, insbesondere Russland und Iran, müssen alles in ihren Kräften Stehende tun, um ihren Einfluss dafür zu nutzen, dieser Tragödie ein Ende zu setzen; hierbei muss zunächst eine echte Waffenruhe durchgesetzt, der Einsatz chemischer Waffen beendet und gewährleistet werden, dass humanitäre Hilfsorganisationen sicheren, sofortigen und ungehinderten Zugang zu allen Not leidenden Menschen erhalten sowie alle willkürlich inhaftierten Personen freigelassen werden und freier Zugang zu den syrischen Gefängnissen ermöglicht wird. In diesem Sinne hoffen wir, dass mit der Vereinbarung von Astana ein wirksamer Beitrag zur Deeskalierung der Gewalt geleistet werden kann. Wenn Russland bereit ist, seinen Einfluss positiv geltend zu machen, dann sind wir bereit, gemeinsam mit Russland an einer Beilegung des Konflikts in Syrien zu arbeiten, wobei es um eine politische Lösung geht. Wir sind bereit, uns an den Kosten des Wiederaufbaus zu beteiligen, sobald eine glaubwürdige politische Wende tatsächlich eingeleitet wurde. Wir werden uns nicht an Stabilisierungsbemühungen beteiligen, durch die gesellschaftliche und demografische Manipulationen befördert werden.

9. Wir bekräftigen, dass wir in höchstem Maße besorgt sind über den Einsatz chemischer Waffen in Syrien und betonen erneut, dass wir den Einsatz chemischer Waffen, gleichviel, wo, wann, durch wen und unter welchen Umständen, auf das Schärfste verurteilen. Die Personen, Stellen, Gruppen oder Regierungen, die für diesen Einsatz verantwortlich sind, müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

10. In Libyen ist es dringend notwendig, auf dem Weg des alle Seiten einbeziehenden politischen Dialogs und der nationalen Aussöhnung voranzukommen. Wir begrüßen die jüngsten Treffen zwischen wesentlichen libyschen Akteuren. Alle Libyer müssen sich mit einer kompromissbereiten Haltung engagieren und Handlungen unterlassen, die weitere Konflikte befeuern würden. Wir warnen vor der Versuchung, die Situation militärisch lösen zu wollen, und bekräftigen zugleich unsere uneingeschränkte Unterstützung für den im Libyschen Politischen Abkommen (Libyan Political Agreement) dargelegten institutionellen Rahmen als den Rahmen, innerhalb dessen politische Lösungen gefunden werden können, einschließlich möglicher Änderungen des Libyschen Politischen Abkommens, die eine Aussöhnung voranbringen könnten. Wir unterstützen die Vermittlungsbemühungen der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Libyen (UNSMIL). Ferner unterstützen wir den Präsidialrat und die Regierung der Nationalen Einheit in ihren Anstrengungen, staatliche Institutionen zu festigen, menschliches Leid zu lindern, die Infrastruktur zu schützen und auszubauen, die Wirtschaft zu stärken und zu diversifizieren, Migrationsbewegungen zu steuern und die terroristische Bedrohung zu beseitigen.

11. Wir haben bedeutende Fortschritte dabei erzielt, ISIS/ISIL/Daesch in Syrien und Irak zurückzudrängen und seine Anziehungskraft zu schwächen. Wir verpflichten uns, diese Anstrengungen fortzuführen, um die von ISIS/ISIL/Daesch besetzten Gebiete, insbesondere Mossul und Rakka, vollständig zu befreien, mit dem Ziel, ISIS/ISIL/Daesch endgültig zu zerschlagen und der damit einhergehenden Gewalt, der weitverbreiteten Missachtung der Menschenrechte und Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht ein Ende zu setzen. Diejenigen, die im Namen von ISIS/ISIL/Daesch Straftaten verübt haben, wozu auch der Einsatz chemischer Waffen zählt, müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Wir begrüßen die Fortschritte bei der Bekämpfung von ISIS/ISIL/Daesch in Libyen. Wir fordern alle Staaten der Region

auf, eine konstruktive Rolle zu spielen, indem sie zu den Bemühungen um alle Seiten einbeziehende politische Lösungen, Aussöhnung und Frieden beitragen, welche die einzige Möglichkeit darstellen, ISIS/ISIL/Daesch und andere terroristische Vereinigungen und den gewalttätigen Extremismus auf lange Sicht in Irak, Syrien, Jemen und darüber hinaus auszumerzen.

12. Wir bekräftigen unser Bekenntnis zu Nichtverbreitung und Abrüstung. Nordkorea, ein Thema, dem hohe Priorität auf der internationalen Agenda zukommt, stellt durch seine wiederholten und anhaltenden Völkerrechtsverstöße in einem neuen Maße zunehmend eine schwerwiegende Bedrohung für Frieden und Stabilität in der Welt und das Nichtverbreitungsregime dar. Nordkorea muss umgehend und uneingeschränkt alle einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen einhalten und alle nuklearen und ballistischen Raketenprogramme vollständig, nachprüfbar und unumkehrbar aufgeben. Wir verurteilen die Nuklearversuche und Starts ballistischer Flugkörper, die Nordkorea durchgeführt hat, auf das Schärfste, sind bereit, Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele zu verstärken, und rufen die internationale Staatengemeinschaft nachdrücklich auf, ihre Bemühungen zu intensivieren, um die konsequente, umfassende und vollständige Umsetzung aller einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen sicherzustellen. Wir fordern Nordkorea auf, humanitäre Anliegen und Menschenrechtsfragen aufzugreifen, was eine umgehende Lösung der Entführungsthematik einschließt.

13. Eine dauerhafte Lösung der Krise in der Ukraine kann nur erreicht werden, wenn alle Seiten ihre Verpflichtungen aus den Vereinbarungen von Minsk vollständig umsetzen. Wir unterstützen die Bemühungen der Normandie-Gruppe und würdigen das umfangreiche Engagement der OSZE für eine Deeskalation der Krise. Wir betonen die Verantwortung der Russischen Föderation für den Konflikt und unterstreichen die Rolle, die sie bei der Wiederherstellung von Frieden und Stabilität spielen muss. Wir bekräftigen unsere Verurteilung der völkerrechtswidrigen Annektierung der Halbinsel Krim, betonen erneut unsere Linie, dass wir diese nicht anerkennen, und unterstützen in vollem Umfang die Unabhängigkeit, territoriale Unversehrtheit und Souveränität der Ukraine. Wir erinnern daran, dass das Fortbestehen der Sanktionen in direktem Zusammenhang mit der vollständigen Umsetzung der russischen Verpflichtungen aus den Vereinbarungen von Minsk und der Achtung der Souveränität der Ukraine durch Russland steht. Die Sanktionen können abgebaut werden, sobald Russland seinen Verpflichtungen nachkommt. Dennoch sind wir bereit, auch weitere einschränkende Maßnahmen in Bezug auf Russland zu ergreifen, um die Kosten für Russland zu erhöhen, sollten seine Handlungen dies erforderlich machen. Wir halten an unserer Verpflichtung fest, die Ukraine bei der Umsetzung ihrer ehrgeizigen und doch notwendigen Reformagenda zu unterstützen, und würdigen die bisher von Kiew erzielten Fortschritte. Ungeachtet unserer von Russland unterschiedlichen Standpunkte sind wir gewillt, mit Russland regionale Krisen und gemeinsame Herausforderungen anzugehen, wenn es in unserem Interesse liegt.

14. Wir bekräftigen unser Bekenntnis zur Aufrechterhaltung einer regelbasierten maritimen Ordnung auf der Grundlage der Prinzipien des Völkerrechts, wie sie unter anderem im Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (SRÜ) Ausdruck finden, sowie zur friedlichen Beilegung seerechtlicher Streitigkeiten durch diplomatische und rechtliche Mittel, einschließlich Schiedsverfahren. Wir sind nach wie vor besorgt angesichts der Situation im Ost- und Südchinesischen Meer und lehnen weiterhin einseitige Handlungen, die Spannungen verstärken könnten, entschieden ab. Wir fordern alle Parteien auf, die Entmilitarisierung der strittigen Gebilde voranzutreiben.

15. Die jüngsten Cyber-Angriffe, von denen weltweit wichtige Infrastruktur betroffen war, bestärken uns in unseren Bemühungen, die internationale Zusammenarbeit zu intensivieren, um einen zugänglichen, offenen, interoperablen, zuverlässigen und sicheren Cyberraum mit seinen enormen Vorteilen für Wirtschaftswachstum und Wohlstand zu schützen. Wir werden zusammenarbeiten, auch mit anderen Partnern, um Cyber-Angriffe zu bewältigen und ihre Auswirkungen auf unsere wichtige Infrastruktur und das Wohlergehen unserer Gesellschaften abzuschwächen.

Weltwirtschaft

16. Die weltweite wirtschaftliche Erholung gewinnt an Dynamik, doch das Wachstum bleibt moderat und das BIP liegt in vielen Ländern noch immer unter seinem Potenzial, wobei die Abwärtsrisiken noch überwiegen. Es hat für uns höchste Priorität, das globale Wachstum zu steigern, um höhere Lebensstandards und hochwertige Arbeitsplätze zu ermöglichen. Zu diesem Zweck bekräftigen wir unsere Verpflichtung, alle Instrumente – geld-, fiskal- und

strukturpolitischer Art – einzeln und gemeinsam zu nutzen, um ein starkes, nachhaltiges, ausgewogenes und inklusives Wachstum zu erreichen. Insbesondere sollte die Geldpolitik weiterhin dazu dienen, im Einklang mit den Mandaten der Zentralbanken die wirtschaftliche Tätigkeit zu unterstützen und Preisstabilität zu gewährleisten. Wir sind uns einig, dass die Fiskalpolitik flexibel eingesetzt werden sollte, um Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern und gleichzeitig die Teilhabe zu verbessern sowie sicherzustellen, dass der Schuldenstand im Verhältnis zum BIP auf einen tragfähigen Pfad gelangt. Dabei sind wir uns einig, wie wichtig es ist, die Qualität der öffentlichen Finanzen zu verbessern, auch indem wir qualitativ hochwertigen Investitionen Priorität einräumen, zum Beispiel in die Infrastruktur. Wir sind weiterhin entschlossen, Strukturreformen voranzubringen, um die Produktivität und das Produktionspotenzial anzukurbeln, und dabei sicherzustellen, dass diese angemessen mit makroökonomischen Maßnahmen abgestimmt werden. Wir bekräftigen die bestehenden Wechselkurs-Verpflichtungen der G7, wie von den Finanzministern und Zentralbankgouverneuren auf ihrem Treffen in Bari vereinbart. Wir werden uns um die Verringerung übermäßiger globaler Ungleichgewichte bemühen, und zwar so, dass das globale Wachstum unterstützt wird. Wir verpflichten uns, alle Formen der Korruption und Steuerhinterziehung zu bekämpfen, um auf diese Weise das öffentliche Vertrauen in die Regierungen zu festigen und ein nachhaltiges globales Wachstum zu fördern.

Ungleichheiten

17. Wir begrüßen die von den Finanzministern und Zentralbankgouverneuren der G7 beschlossene Agenda von Bari zu Wachstum und Ungleichheiten (*Bari Policy Agenda on Growth and Inequalities*) als Rahmenwerk zur Förderung eines inklusiven Wachstums durch eine große Bandbreite politischer Handlungsoptionen. Wir erkennen an, dass Ungleichheiten – nicht nur in Bezug auf Einkommen, sondern in jeglicher Form – erheblichen Anlass zu Besorgnis geben. Tatsächlich untergraben übermäßige Ungleichheiten, auch auf globaler Ebene, das Vertrauen und schränken das zukünftige Wachstumspotenzial ein. Darüber hinaus kann Ungleichheit zu regionalen Ungleichgewichten innerhalb von Ländern beitragen sowie die intergenerationale Mobilität beeinträchtigen und gleichzeitig den sozialen Zusammenhalt gefährden und Institutionen belasten. In diesem Zusammenhang werden wir uns darum bemühen, die Kapazitäten und die Widerstandsfähigkeit unserer Volkswirtschaften und Gemeinschaften so zu stärken, dass sie mit dem Tempo der Veränderungen mithalten können, damit die Weltwirtschaft für alle von Nutzen ist.

Gleichstellung der Geschlechter

18. Die Gleichstellung der Geschlechter ist von grundlegender Bedeutung für die Verwirklichung der Menschenrechte und hat für uns hohe Priorität, da Frauen und Mädchen eine treibende Kraft für Veränderung sind. Ihre Teilhabe zu fördern und die geschlechtsspezifische Benachteiligung zu verringern, ist nicht nur richtig, sondern auch klug für unsere Volkswirtschaften und ein wesentlicher Beitrag zu Fortschritten auf dem Weg zu nachhaltiger Entwicklung. Frauen und Mädchen sind einem hohen Maß an Diskriminierung, Belästigung, Gewalt und sonstigen Menschenrechtsverletzungen und -verstößen ausgesetzt. Obwohl Mädchen und Frauen heutzutage bessere Bildung genießen als je zuvor, sind es noch immer größtenteils sie, die schlecht bezahlte Beschäftigungsverhältnisse mit geringen Qualifikationsanforderungen eingehen und durch unbezahlte Leistungen in der Betreuung und im Haushalt am meisten benachteiligt sind; sie sind noch immer nicht in gleichem Maße am privaten und öffentlichen Leben beteiligt oder in Führungspositionen vertreten und haben nach wie vor nicht die gleichen wirtschaftlichen Chancen. Frauen stärker in die Wirtschaft einzubinden – etwa durch Reduzierung der geschlechtsspezifischen Benachteiligung im Kredit- und Unternehmensbereich und durch die Verbesserung des Zugangs von Frauen zu Kapital, Netzwerken und Märkten – kann überaus positive wirtschaftliche Folgen zeitigen. Wir haben im Rahmen der G7 bedeutende Maßnahmen ergriffen, um gegen die Ungleichbehandlung der Geschlechter vorzugehen, doch es muss noch mehr getan werden. Wir setzen uns daher weiterhin dafür ein, dass die Gleichstellung der Geschlechter in all unseren Maßnahmen Berücksichtigung findet. Wir begrüßen den wichtigen Beitrag des W7-Forums. Zur Förderung der wirtschaftlichen Teilhabe von Frauen und Mädchen haben wir darüber hinaus den ersten Fahrplan für ein an Gleichstellungsfragen orientiertes Wirtschaftsumfeld (*Roadmap for a Gender-Responsive Economic Environment*) verabschiedet.

Handel

19. Wir erkennen an, dass Handel und Investitionen, die frei, fair und für alle Seiten vorteilhaft sind und gleichzeitig gegenseitige Vorteile schaffen, ein wichtiger Motor für Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen sind. Wir bekräftigen daher unsere Verpflichtung, für die Beibehaltung offener Märkte und die Bekämpfung von Protektionismus und beziehen zugleich klar Stellung gegen alle unfairen Handelspraktiken. Gleichzeitig erkennen wir an, dass Handel nicht immer zum Nutzen aller gewirkt hat. Aus diesem Grund bekennen wir uns zur Verabschiedung geeigneter Maßnahmen, damit alle Unternehmen und Bürger die Chancen, die ihnen die Weltwirtschaft bietet, so gut wie möglich nutzen können.

20. Um wahrhaft gleiche Wettbewerbsbedingungen zu fördern, drängen wir auf die Abschaffung aller handelsverzerrenden Praktiken einschließlich Dumpings, diskriminierender nichttarifärer Hemmnisse, erzwungener Technologietransfers, Subventionen und sonstiger Unterstützungsmaßnahmen von Regierungen und regierungsnahen Institutionen, die zu Marktverzerrungen führen. Wir bekennen uns zur weiteren Stärkung unserer Kooperation und zur Zusammenarbeit mit unseren Partnern, um die weltweiten Überkapazitäten in der Stahl- und Aluminiumindustrie sowie in anderen wichtigen Industriezweigen anzugehen und ihr Entstehen in anderen Bereichen zu verhindern. In diesem Sinn sehen wir marktverzerrende Maßnahmen, die auf die Förderung von Schlüsseltechnologien abzielen, mit Sorge. Wir begrüßen daher das von den G20-Staaten eingerichtete und von der OECD unterstützte Globale Forum zu Überkapazitäten in der Stahlindustrie und fordern alle Mitglieder auf, umgehend wirksame politische Lösungen zur Stärkung der Marktfunktion und -anpassung zu erarbeiten, damit die Ursachen der weltweiten Überkapazitäten in der Stahlindustrie angegangen werden können. Wir rufen außerdem die Internationale Arbeitsgruppe zu Exportkrediten auf, neue Leitlinien für die öffentliche Exportfinanzierung zu entwickeln.

21. Wir erkennen die Bedeutung eines regelbasierten internationalen Handelssystems an. Wir sind entschlossen, zusammenzuarbeiten, um die Funktionsweise der WTO zu verbessern, um eine vollständige und transparente Umsetzung sowie eine wirksame und fristgerechte Durchsetzung aller WTO-Regeln durch alle Mitgliedstaaten zu gewährleisten und die 11. WTO-Ministerkonferenz zum Erfolg zu führen.

22. Wir sind entschlossen, eine bessere Anwendung und Förderung international anerkannter Sozial-, Arbeits-, Sicherheits- und Umweltstandards sowie Standards für die Zusammenarbeit im Steuerwesen in der gesamten Weltwirtschaft und ihren Lieferketten anzustreben.

23. Schließlich erkennen wir an, dass auch internationale Investitionen eine wichtige Rolle dabei spielen können, Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen aufrechtzuerhalten, und streben daher die Förderung eines berechenbaren Umfelds an, um ausländische Direktinvestitionen zu erleichtern.

Menschliche Mobilität

24. Die anhaltend starke Migrations- und Fluchtbewegung ist ein globaler Trend, der aufgrund seiner Auswirkungen auf die Sicherheit und die Menschenrechte koordinierte Anstrengungen auf nationaler und internationaler Ebene erfordert. Wir erkennen an, dass für die Steuerung und Kontrolle von Migrationsbewegungen unter Berücksichtigung der Unterscheidung zwischen Flüchtlingen und Migranten sowohl eine Notfall- als auch eine langfristige Strategie erforderlich sind. Wir erkennen auch an, dass es nötig ist, Flüchtlingen so nah wie möglich an ihren Heimatländern Unterstützung zukommen zu lassen und es ihnen zu ermöglichen, sicher zurückzukehren und beim Wiederaufbau ihrer Heimat zu helfen. Wir setzen uns für die Menschenrechte aller Migranten und Flüchtlinge ein und bekräftigen gleichzeitig, dass die Staaten über die Hoheitsrechte verfügen, ihre Grenzen einzeln und gemeinsam zu kontrollieren und Maßnahmen in ihrem eigenen innerstaatlichen Interesse und im Interesse ihrer nationalen Sicherheit zu ergreifen.

25. Wir einigen uns auf die Gründung von Partnerschaften, um Ländern dabei zu helfen, innerhalb ihrer eigenen Grenzen die Voraussetzungen zu schaffen, um migrationsauslösende Faktoren anzugehen, da dies die beste langfristige Lösung für diese Herausforderungen ist. Darüber hinaus erkennen wir an, dass die Staaten gemeinsam Verantwortung tragen für die Steuerung der Bewegungen, den Schutz von Flüchtlingen und Migranten und die Sicherheit der am stärksten gefährdeten Personen unter ihnen wie gefährdete Frauen, Jugendliche, Kinder und unbegleitete Minderjährige und für die Durchsetzung von Grenzkontrollen, die Einrichtung von Programmen zur Rückkehr und den Ausbau der Zusammenarbeit im Bereich der Strafverfolgung. Dies sind wesentliche Instrumente zur

Verringerung von irregulärer oder illegaler Migration und zur Bekämpfung von Schleuserkriminalität, Menschenhandel und Ausbeutung und allen Formen der Sklaverei, einschließlich moderner Sklaverei. Auf diese Weise werden die positiven Aspekte einer sicheren, geordneten und regulären Migration bewahren; denn angemessen gesteuerte Bewegungen können sowohl den Herkunfts- und Zielländern als auch den Migranten und Flüchtlingen selbst wirtschaftliche und soziale Vorteile bringen.

Afrika

26. Afrikas Sicherheit, Stabilität und nachhaltige Entwicklung haben für uns hohe Priorität. Tatsächlich ist unser Ziel, die Zusammenarbeit und den Dialog mit afrikanischen Ländern und regionalen Organisationen zu stärken, um Afrikas Fähigkeit mit Blick auf eine bessere Krisen- und Konfliktvorsorge, -reaktion und -bewältigung hinsichtlich der einschlägigen Ziele der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung auszubauen. Ein stabiles Afrika bedeutet ein stabiles Investitionsumfeld. In diesem Zusammenhang nehmen wir den bevorstehenden Start der europäischen Investitionsoffensive für Drittländer (External Investment Plan, EIP) als ein wichtiges Instrument zur Mobilisierung von Investitionen in Afrika sowie die vorgesehene G20-Initiative „Partnerschaft mit Afrika“ und die Investitionszusage der Internationalen Konferenz von Tokio über die Entwicklung Afrikas (TICAD VI) zur Kenntnis. Es ist ferner wichtig, unsere Bemühungen um den Ausbau eines verlässlichen Zugangs zu Energie in Afrika fortzusetzen. Um Afrikas Potenzial freizusetzen, müssen Millionen Menschen durch Innovationen und Bildung zur Teilhabe befähigt werden und die Gleichstellung der Geschlechter sowie die Entwicklung von Humankapital gefördert werden. Menschenwürdige Arbeit, bessere Gesundheitsdienste und Ernährungssicherheit werden auch dazu beitragen, in einer sich schnell verändernden Welt eine widerstandsfähigere Gesellschaft aufzubauen. Wir streben an, mit dem afrikanischen Kontinent partnerschaftlich zusammenzuarbeiten und die Agenda 2063 der Afrikanischen Union zu unterstützen, um insbesondere die junge Generation mit geeigneten Kompetenzen, hochwertiger Infrastruktur und finanziellen Ressourcen auszustatten und ihr eine nachhaltige und sichere Zukunft in Wohlstand zu ermöglichen. Fortschritte in diesen Bereichen versprechen außerdem, dabei zu helfen, den Migrationsdruck zu verringern, humanitäre Notlagen zu lindern und allen Menschen sozioökonomische Chancen zu eröffnen.

Ernährungssicherheit und Ernährung

27. Ein zentrales Ziel der G7 ist es, für ein Ende des Hungers, Ernährungssicherheit und bessere Ernährung zu sorgen und eine nachhaltige Landwirtschaft zu fördern. Wir bekräftigen unser gemeinsames Ziel, im Rahmen eines breiter angelegten Engagements mit unseren Partnern und internationalen Akteuren bis 2030 in Entwicklungsländern 500 Millionen Menschen aus Hunger und Mangelernährung zu befreien.

28. Wir sind zutiefst besorgt über das verheerende Ausmaß der Ernährungsunsicherheit, die durch Konflikte und Instabilität verschärft wird und dazu geführt hat, dass in Teilen Südsudans bereits eine Hungersnot herrscht und Somalia, Jemen und Nordost-Nigeria von einer Hungersnot ernsthaft bedroht sind, und von der über 20 Millionen Menschen akut betroffen sind. Wir unterstützen mit Nachdruck den Aufruf des VN-Generalsekretärs, umgehend zu handeln. Wir mobilisieren derzeit schnell humanitäre Hilfe, werden politische Prozesse zur Bekämpfung der Krisenursachen weiterhin unterstützen und bekennen uns zur Stärkung des internationalen humanitären Systems, um künftige Krisen zu verhindern, abzuschwächen und besser auf sie vorbereitet zu sein; gleichzeitig verstärken wir unsere Bemühungen um einen Ausbau der Widerstandsfähigkeit.

29. Wir betonen die globale Dimension der Herausforderung durch Ernährungsunsicherheit und Unterernährung und erkennen gleichzeitig an, dass dringender Handlungsbedarf in Subsahara-Afrika besteht – der Region mit dem höchsten Anteil unterernährter Menschen, wo auf dem Land und in der Stadt extreme Armut herrscht, besonders umfassende Bevölkerungsbewegungen stattfinden und sich über zwei Drittel der am wenigsten entwickelten Länder befinden.

30. Wir haben daher beschlossen, unsere gemeinsame Unterstützung im Bereich der Ernährungssicherheit, Ernährung und nachhaltigen Landwirtschaft in Subsahara-Afrika durch eine Reihe potenzieller Maßnahmen zu erhöhen, etwa indem wir die öffentliche Entwicklungshilfe aufstocken, unsere jeweiligen Aktionen zielgerichtet im Einklang mit den in Elmau und Ise-Shima festgelegten Empfehlungen zur Ernährungssicherheit und Ernährung gestalten und bemessen

sowie sicherstellen, dass Frauen und Mädchen damit erreicht werden, wobei wir Anstrengungen zur Förderung verantwortungsvoller privater Investitionen und zusätzlicher Ressourcen anderer Akteure aus dem Entwicklungsbereich unterstützen. Wir werden uns für Mischfinanzierung und öffentlich-private Partnerschaften (PPP) einsetzen. Wir werden in Übereinstimmung mit den Prioritäten der afrikanischen Länder und im Einklang mit der Agenda 2063 der Afrikanischen Union handeln und dabei anstreben, auch die am meisten vernachlässigten Gebiete und die am stärksten gefährdeten Menschen zu erreichen.

Klima und Energie

31. Wir verpflichten uns, unsere gemeinsame Energiesicherheit zu stärken und offene, transparente, liquide und sichere globale Märkte für Energieressourcen und -technologien zu gewährleisten. Wir bekräftigen, dass alle Länder, die sich für die Nutzung von Atomkraft entscheiden, die höchsten Standards im Bereich Nuklearsicherheit, Sicherung und Nichtverbreitung gewährleisten müssen. Wir sind entschlossen, die beträchtlichen wirtschaftlichen Chancen in Bezug auf Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu nutzen, die sich durch den Umbau des Energiesektors und saubere Technologien ergeben.

32. Die Vereinigten Staaten von Amerika überprüfen derzeit ihre Maßnahmen in Bezug auf den Klimawandel und das Übereinkommen von Paris und sehen sich daher nicht in der Lage, sich dem Konsens zu diesen Themen anzuschließen. Die Staats- und Regierungschefs Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Japans, Kanadas und des Vereinigten Königreichs und die Präsidenten des Europäischen Rats und der Europäischen Kommission verstehen diesen Prozess und bekräftigen gleichzeitig ihr nachdrückliches Bekenntnis, das Übereinkommen von Paris zügig umzusetzen, was bereits auf dem Gipfel in Ise-Shima erklärt wurde.

33. In diesem Zusammenhang sind wir uns alle einig, wie wichtig es ist, Entwicklungsländer zu unterstützen.

Innovationen, Kompetenzen und Arbeit

34. Die nächste Revolution im Produktionsbereich (Next Production Revolution, NPR) stellt eine außergewöhnliche Gelegenheit dar, die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und ein auf Innovationen gestütztes Wachstum zu fördern. Durch Umgestaltung unserer bestehenden Produktionssysteme kann es die NPR tatsächlich allen Firmen – auch Kleinstunternehmen und kleinen und mittleren Unternehmen – sowie den Menschen in allen Sektoren und Regionen ermöglichen, von den Vorteilen der Innovation und Digitalisierung zu profitieren, und sie kann die beruflichen Chancen von Frauen im MINT-Bereich erhöhen.

35. Gleichzeitig stellt uns der Fortschritt im Bereich der Automatisierung und der neuen Technologien – ein Bereich, der zu Innovationen und Wirtschaftswachstum beiträgt – vor Herausforderungen und verändert die Zukunft der Arbeit erheblich. Wir sind dafür verantwortlich, uns diesen Herausforderungen durch Bewältigung der diesbezüglichen Risiken der NPR und des derzeitigen Übergangs zu stellen und zu überdenken, wie Arbeit und Bildung in Zukunft aussehen sollen – auch durch intensive Zusammenarbeit mit den Akteuren –, damit ein für alle Menschen praktikabler Übergang sichergestellt werden kann. Unsere Bildungssysteme und Arbeitsweisen müssen, entsprechend den innerstaatlichen Gegebenheiten, angepasst werden. Unternehmen und Tarifpartner sollten dabei eng eingebunden werden und sich zu einem neuen Engagement in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung und lebenslanges Lernen verpflichten. Ferner müssen wir uns mit dem Thema neue Arbeitsformen beschäftigen und Arbeitsbedingungen verbessern, indem wir, falls notwendig, durch einen von vielen Akteuren getragenen Ansatz vernünftige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen umsetzen und Anpassungen an unseren Sozialsystemen vornehmen, um unserer Erwerbsbevölkerung Stabilität zu bieten.

36. Aus diesen Gründen haben wir den G7-Aktionsplan für Innovation, Kompetenzen und Arbeit verabschiedet, der den Menschen in den Mittelpunkt stellt (*People-Centered Action Plan on Innovation, Skills and Labor*). In dem mit Unterstützung von OECD und IAO erarbeiteten Aktionsplan wird eine Reihe möglicher politischer Empfehlungen zur Maximierung des aus der NPR zu ziehenden Nutzens skizziert, die von unseren zuständigen Ministern auf ihren anstehenden Ministertreffen weiterentwickelt werden sollen.

37. Ferner haben wir, um den Dialog mit zentralen Akteuren zu ermöglichen und den G7 Eindrücke zu Innovationsthemen aus erster Hand zu verschaffen, ein strategisches Beratungsgremium für die Staats- und Regierungschefs der G7 zum Thema auf den Menschen ausgerichtete Innovationen (*Strategic Advisory Board to G7 Leaders on People-Centered Innovation, I-7*) eingerichtet. Das erste Treffen der Gruppe wird im Rahmen der G7-Innovationswoche in Turin stattfinden.

Gesundheit

38. Wir sind entschlossen, die globale Gesundheitssicherheit zu fördern und politische Maßnahmen zu verfolgen, durch welche überall auf der Welt Verbesserungen im Bereich seelische und körperliche Gesundheit vorangebracht werden. Eine gesunde Lebensweise und Wohlbefinden sind wichtig für umfassendere Fortschritte in den Bereichen Wirtschaft, Gesellschaft und Sicherheit. Wir erkennen an, dass die Gesundheit von Frauen und Jugendlichen und die Gesundheitsversorgung für diese Gruppen gefördert werden müssen. Wir nehmen zur Kenntnis, dass Umweltfaktoren einen Einfluss auf die menschliche Gesundheit haben. Wir bekennen uns nach wie vor zur Stärkung der Gesundheitssysteme, der besseren Vorbereitung auf Krisenfälle und langfristige Herausforderungen im Bereich der öffentlichen Gesundheit sowie einer umgehenden, wirksamen und abgestimmten Reaktion darauf. Auf dieser Grundlage haben wir unsere Gesundheitsminister aufgefordert, auf ihrem Treffen im November weiter an diesen Themen zu arbeiten.

Schlussbemerkung

39. Wir sehen unserem Treffen 2018 unter dem Vorsitz Kanadas erwartungsvoll entgegen.